

Zeitung für das Dilltal.

Amtliches Kreisblatt für den Dillkreis.

Druck und Verlag der Buchdruckerei E. Weidenbach in Dillenburg.
Geschäftsstelle: Schulstrasse 1. Fernruf: Dillenburg Nr. 24.

Abzugpreis: Die Kreis-
Zeitung 20 Pfennig, lokale geschäftliche
Anzeigen 15 Pfennig, die Restantenzeile
60 Pfennig. Bei Wiederholungs-
Anzeigen Rabatt oder günstige Zeit-
abläufe. Offertengeld oder Aus-
kunft durch d. Geschäftsstelle 25 Pfennig.

Nr. 5

Montag, den 7. Januar 1918

78. Jahrgang

Ein Einlenken der russischen Regierung!

Trotzkij kommt! — Deutsche Anerkennung Finnlands. — Eine Rede Lloyd Georgs!

Trotzkij reist nach Brest-Litowsk.

Berlin, 5. Jan. Der Hauptausschuß des Reichstags trat heute erst um 1/2 12 Uhr zusammen, da vorher noch Verhandlungen der Parteiführer mit der Regierung und untereinander stattgefunden hatten. Der Reichskanzler Graf Hertling war nicht erschienen, wohl aber Reichssekretär Graf Rüdern, der für die Dauer der Krankheit des Herrn v. Bahrer mit der Stellvertretung des Reichskanzlers betraut ist, ferner Unterstaatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von dem Busche und der Leiter der Reichskanzlei v. Radowicz.

Freiherr von dem Busche gab folgende Erklärung ab: Der Herr Reichskanzler hat gestern die Infirmität der russischen Presse zurückgewiesen, daß wir uns in illoyaler Weise unserer Aufgabe betr. das Selbstbestimmungsrecht der Völker entziehen wollten. Im Anschluß an diese Erklärung stellte ich im ausdrücklichen Auftrage des Herrn Reichskanzlers das folgende fest: „Der Standpunkt des Herrn Reichskanzlers zu dem Selbstbestimmungsrecht der Völker bleibt unverändert, aber dieser Standpunkt darf keine Deutung finden, die lediglich von den Interessen der Entente ausgeht. Die in der neutralen Presse veröffentlichte Darstellung, als ob die russischen Delegierten den deutschen Vorschlag vom 28. Dezember als unüberwindlich abgelehnt hätten, ist tatsächlich unrichtig. Die russischen Delegierten haben zwar Bedenken gegen die von uns vorgeschlagene Formulierung erhoben, sich indes ausdrücklich damit einverstanden erklärt, daß über diese Formulierung in einer Kommission weiter beraten werden sollte, um eine Verständigung herbeizuführen. Zwischen unseren und den russischen Delegierten war vereinbart worden, daß die Fortsetzung der Verhandlungen auch über die strittig verbleibenden Punkte am 5. Januar in Brest-Litowsk erfolgen sollte. Unsere Bedenken haben unter diesen Umständen mit uns einstimmig den Vorschlag der Russen nach Veränderung der Verhandlungsortes abgelehnt. Inzwischen ist uns von Brest-Litowsk folgendes Telegramm zugegangen:

Am 4. Januar 10 Uhr abends ist hier das in Uebersetzung folgende Hughes-Telegramm aus Petersburg eingetroffen:

„An die Herren Vorsitzenden der Delegationen der vier verbündeten Mächte: Die Verlegung der Verhandlungen auf neutrales Gebiet entspricht dem erreichten Stand der Verhandlungen. In Anbetracht der Ankunft Ihrer Delegation am früheren Ort der Verhandlungen wird unsere Delegation zusammen mit dem Volkskommissar für auswärts Angelegenheiten, Trotzki, morgen nach Brest-Litowsk fahren, in der Ueberzeugung, daß eine Verständigung über die Verlegung der Verhandlungen auf neutrales Gebiet keine Schwierigkeiten machen wird.“

Unterschrift: Die russische Delegation.“

Inzwischen ist mit den in Brest-Litowsk anwesenden, mit Vollmacht versehenen Vertretern der Ukraine in befriedigender Weise verhandelt worden. Weitere tatsächliche Mitteilungen können von Seiten der Regierung heute nicht gemacht werden.

Vorsitzender Abg. Fehrenbach schlägt vor, die politische Debatte abzubrechen und einen anderen Gegenstand zu verhandeln.

Abg. Scheidemann (Soz.) widerspricht und wünscht, daß die politische Debatte fortgesetzt werde, mit Rücksicht auf die vorliegende Situation und die Notwendigkeit, daß der Reichstag erklärt, er stehe auch heute noch auf dem klaren Standpunkt des 19. Juli. Die Sozialdemokraten wünschten zum Ausdruck zu bringen, daß sie um keines Haars Breite von ihrem Standpunkt abweichen. Durch eine öffentliche Erklärung zum Selbstbestimmungsrecht der Völker würde der Friede gefördert werden.

Abg. Haase (unabh. Soz.) widerspricht gleichfalls. Am besten wäre das Zusammentreten des Plenums. Es müsse ausgesprochen werden, daß die Mehrheit die Meinungen des Grafen Hertling nicht teilt. Die Berichte über die Ereignisse in Brest-Litowsk am 28. Dezember widersprechen einander und dadurch werde eine ungewisse Erklärung unsererseits notwendig. Die Ukraine verhandle nur unter Teilnahme der Petersburger Regierung. Das russische Volk stehe einig und fest zusammen. „Wir dürfen nicht vergessen, daß die Russen uns weiter entgegengekommen sind, als wir erwarten durften.“

Durch Abstimmung wird beschlossen, die Debatte abzubrechen. Die Erörterung wendet sich der Frage des Selbstenaustritts zu.

Die würdige und feste Sprache des Grafen Hertling gegenüber den russischen Annahmen hat bereits eine für uns befriedigende Folge gezeitigt: Die russische Delegation erklärt sich bereit gemäß den bindenden Abmachungen in Brest-Litowsk zu erscheinen. Allerdings, in der Ueberzeugung, daß eine Verständigung über eine Verlegung der Verhand-

lungen auf neutralem Boden keine Schwierigkeiten machen wird.“ Sie haben also einerseits die Absicht, die grobe Verächtlichkeit und Ungezogenheit gegenüber den Mittelmächten wieder gut zu machen, andererseits aber den festen Willen, ihren Wunsch auf Verlegung des Verhandlungsortes durchzuführen. Wir haben das feste Vertrauen, daß die feste Haltung der deutschen Regierung, wie sie aus dem Munde des Reichskanzlers herausklang, sich nun auch in der diplomatischen Sprache der deutschen Friedensunterhändler spiegeln wird. Eine feste, würdige und klare Sprache, die derartige bedauerliche „Ausdrucksversuche“ auf der „geschädigten“ Gegenseite in Zukunft im Keime ersticken wird. Wir dürfen keineswegs verkennen, daß die Schwierigkeiten, die sich einem glatten Verlauf der Friedensverhandlungen entgegenstellten, sich nicht mit einigen eleganten Redewendungen, oder abgedroschenen Schlagworten beseitigen lassen. Weitere „Stöckungen“ und peinliche „Zwischenfälle“ werden im weiteren Verlauf der diplomatischen Aussprache nicht zu vermeiden sein. Da gilt es Ruhe und Kaltblütigkeit zu bewahren. Ein paar verständige Worte über die „Friedenskrise“ sprach der türkische Großvezir zu einem Mitarbeiter der „Post. Jtg.“: „Wir Türken haben aus der Geschichte gelernt, bei Friedensverhandlungen unsere Ruhe zu bewahren, die Kerben im Jügel zu halten und die Haltung nicht zu verlieren. Es ist eine törichte Vorstellung, als ob der Weltfriede über Nacht kommen könnte. Sobald die inneren Voraussetzungen, ja, Notwendigkeiten einer Verständigung zwischen den Partnern so unabweislich gegeben sind, wie sie in der gegenwärtigen Lage Russlands vorhanden sind, da gibt es keine Macht der Erde, die imstande wäre, das Endergebnis hinauszuhalten. Man kann durch kleine Intrigen Verschiebungen oder Verzögerungen herbeiführen, aber die Tatsachen und Bedingungen, die zu den Verhandlungen in Brest-Litowsk geführt haben, niemals aus der Welt schaffen. Ich sehe daher den Verhandlungen in Brest-Litowsk nach wie vor mit voller Zuversicht entgegen, weil es eine andere Lösung als die der endgültigen Verständigung nach meinem Dafürhalten überhaupt nicht gibt.“

Es ist manchmal eine schwere Aufgabe, die „Kerben im Jügel zu halten“, wenn man die geradezu staatsverräterische Haltung einiger Wenigen mitanzusehen muß, die die Unversöhnlichkeit besitzen, sich noch weiterhin deutsche Staatsbürger zu nennen.

Die sozialistische Internationale Korrespondenz teilt folgendes mit: Während militärische Vertreter Deutschlands in Brest-Litowsk die Vorbedingungen des Friedens, den Waffenstillstand, zu schaffen suchten, und die deutsche Regierung sich bereit erklärte, auf der Grundlage der Vorschläge der russischen Arbeiter- und Soldatenräte in Friedensverhandlungen einzutreten, kannten die deutschen Unabhängigen Sozialisten keine größere Sorge, als die, wie der Friede mit Rußland vereitelt werden könnte. Wir erhalten darüber aus vollkommen unanfechtbarer Quelle aus Stockholm ungewöhnlich genaue Mitteilungen, denen wir für heute folgendes entnehmen:

In den Tagen vor Weihnachten erhielten die Bolschewiki von Führern der deutschen Unabhängigen Sozialdemokratie die dringende Mahnung, die Friedensverhandlungen zu verschleppen, weil die Entwicklung in Deutschland sich in ihrem, d. h. dem revolutionären Sinne, vollziehe. Der Abschluß eines Separatfriedens zwischen Deutschland und Rußland wäre verwerflich, weil er die revolutionäre Entwicklung in Deutschland beinträchtigen und seine herrschenden Schichten stärken würde.

Die Internationale Korrespondenz bemerkt dazu: „Wenn jetzt die Friedensverhandlungen mit Rußland scheitern sollten, tragen einen Teil der Verantwortung dafür die Unabhängigen, welche sie unwillig sabotiert haben. Auch Mitteilungen an die Bolschewiki, daß eine neue unerhörte Verfolgung der Unabhängigen in Deutschland eingesetzt habe, haben in Petersburg sehr gegen den Frieden gewirkt.“

Der Abschluß eines Separatfriedens wäre verwerflich, weil er die revolutionäre Entwicklung in Deutschland beinträchtigen würde! Nur wissen es die deutschen Arbeiter, warum sie weiterkämpfen sollen. Für Revolution und Anarchie. Für die Ziele einer verbrecherischen Partei, die sich nicht scheut, durch einige ihrer Wortführer die Ma-

trofen der deutschen Flotte angesichts des Feindes zur offenen Meuterei zu bewegen. Die sich jetzt ereignet, das durch die blutigen Waffen errungene Werk des Friedens zu gefährden. Wo bleibt hier der Staatsanwalt?

Eine Feststellung der Mittelmächte.

Brest-Litowsk, 6. Jan. (W.A.) Gestern abend folgender Ausruf in deutschem Klartext abgelesen worden:

„An die russische Delegation zu Händen ihres Vorsitzenden Herrn Joffe in Petersburg.“

In ihrer Antwort auf die Vorschläge der russischen Delegation hatten die Delegationen des Vierbundes am 25. Dezember 1917 in Brest-Litowsk gewisse Vorkläufe für den Abschluß eines sofortigen allgemeinen Friedens aufgestellt. Zur Vermeidung einer einseitigen Festlegung hatten sie die Gültigkeit dieser Vorkläufe ausdrücklich davon abhängig gemacht, daß sich sämtliche jetzt am Kriege beteiligten Mächte innerhalb einer angemessenen Frist einmütig und ohne jeden Rückhalt zur genauesten Beobachtung der alle Völker in gleicher Weise bindenden Bedingungen verpflichten müßten. Mit Zustimmung der vier verbündeten Delegationen war darauf von der russischen Delegation eine zehntägige Frist festgesetzt worden, innerhalb welcher die anderen Kriegführenden sich mit den in Brest-Litowsk aufgestellten Grundbedingungen eines sofortigen Friedens bekanntmachen und über den Anschluß an die Friedensverhandlungen entscheiden sollten.

Die Delegationen der verbündeten Mächte stellen fest, daß die zehntägige Frist mit dem 4. Januar 1918 abgelaufen ist und von keinem der anderen Kriegführenden eine Erklärung über den Beitritt zu den Friedensverhandlungen bei ihnen eingegangen ist.

Gezeichnet: Der Vorsitzende der verbündeten Delegationen von Kühnemann für Deutschland.

Graf Czernin für Oesterreich-Ungarn.

Popow für Bulgarien.

Messing für die Türkei.

Die Friedensverhandlungen.

Wien, 6. Jan. Die Note des ukrainischen Generalsekretariats, die an die Kriegführenden und neutralen Mächte sowie an den Vertreter der Rada bei den Friedensverhandlungen am 25. Dezember gerichtet wurde, besagt u. a. folgendes:

Durch das Unterfall der ukrainischen Rada vom 20. November 1917 wurde die Ukraine zur Stellung eines selbständigen Staates erhoben. Die ukrainische demokratische Republik strebt die Bildung einer föderativen Republik an, die alle Länder des früheren russischen Reiches umfassen soll. Solange aber keine föderative Regierung existiert und solange die auswärtige Vertretung der Föderation und der ukrainischen Regierung nicht geregelt wird, tritt die ukrainische Republik mit ihrer Regierung, dem Generalsekretariat, den Weg der selbständigen internationalen Beziehungen an. Die ganze Demokratie des ukrainischen Staates erstreckt den Weltfrieden, den allgemeinen Frieden unter allen Kriegführenden Staaten. Der Friede soll allen, sogar den kleinsten Völkern in jedem Staat die Freiheit der völkerrechtlichen Selbstbestimmung sichern. Die ukrainische demokratische Republik hat jetzt ihre eigene Front und wird in den internationalen Angelegenheiten selbständig durch ihre eigene Regierung vertreten, welche die Interessen des ukrainischen Volkes schützen wird. Diese Regierung hat auch an allen Friedensverhandlungen, Konferenzen und Kongressen gleich allen anderen Staaten teilzunehmen. Einen Frieden im Namen des ganzen Rußland kann nur die Regierung schließen, die von einer Republik und staatslich organisierten Gebieten (?) gebildet wird. Wenn die Bildung einer solchen Regierung in der nächsten Zukunft nicht schon möglich wäre, so könnten nur die vereinigten Regierungen aller dieser Republiken und Gebiete Frieden schließen.

Auf diese Note erhielt die ukrainische Regierung folgende telegraphische Antwort von den Regierungen der Mittelmächte:

Die Note des Generalsekretariats der ukrainischen demokratischen Republik an alle Kriegführenden und neutralen Mächte zeigt, daß es unumgänglich notwendig ist, daß die Vertreter der ukrainischen demokratischen Republik an den

Friedensverhandlungen in Brest-Litovsk teilnehmen. Deutschland, Oesterreich-Ungarn, Bulgarien und die Türkei hätten es für notwendig zu erklären, daß sie bereit sind, die Vertreter der ukrainischen demokratischen Republik als Teilnehmer an den Friedensverhandlungen in Brest-Litovsk zu begrüßen. Gleichzeitig weisen sie darauf hin, daß sie die ukrainischen Vertreter auch bei den Verhandlungen über den Waffenstillstand begrüßt hätten. Kiew, Czerniv, Popovo, Kessin.

Eine Rundgebung aus Riga.

Hamburg, 6. Jan. Die Rigaer Kaufmannskammer in Riga richtete zum Jahresbeginn an die Hamburger Deputiertenkammer ein Schreiben, worin die offene Zuversicht auf Angliederung des Baltiklandes an Deutschland bekundet wird. In dem Schreiben heißt es: „Es gilt für uns, Bürger zu werden in einem Lande, in dem Gesetz und unwandelbares Recht eine Heimstätte haben, in dem wir sicher sind, daß unsere ehrliche Arbeit und ihre Früchte geschützt werden durch die Staatsgewalt. Glücklicher sind wir, als es einst unsere Väter waren, denn wir können nach 400-jähriger Fremdherrschaft, von dem Recht der freien Selbstbestimmung Gebrauch machend, uns heute jubelnd aussprechen für die endliche Wiedervereinigung dieser ältesten deutschen Kolonie mit dem nie vergessenen Mutterlande, mit dem herrlich erstandenen Deutschen Reich.“

Anerkennung Finnlands durch Deutschland.

Berlin, 6. Jan. (W.B. Amtlich.) Nachdem die russische Regierung erklärt hat, daß sie zur sofortigen Anerkennung der Unabhängigkeit Finnlands bereit sei, sobald ein Antrag der Finnen vorliegt, und nachdem die finnische Regierung einen entsprechenden Schritt in Petersburg getan hat, der entgegenkommend aufgenommen worden ist, hat der Kaiser den Reichskanzler Grafen von Hertling unter dem 4. d. M. beauftragt, den hier anwesenden Bevollmächtigten der finnischen Regierung, Staatsrat Hjelt, Professor Erich und Direktor Sario, im Namen des Deutschen Reiches die Anerkennung der finnischen Republik auszusprechen. Reichskanzler Graf von Hertling hat in Anwesenheit des Unterstaatssekretärs Freiherrn von dem Basse die drei Bevollmächtigten heute empfangen und ihnen die Anerkennung Deutschlands erklärt.

Anerkennung durch Schweden.

Stockholm, 5. Jan. Der König beschloß, im heutigen Ministerrat Finnland als unabhängigen Staat anzuerkennen.

Anerkennung durch Frankreich.

Paris, 5. Jan. Nach der Pariser Tageszeitung na berichtet der „Matin“, daß Frankreich die Unabhängigkeit Finnlands anerkennt.

Die Wirren in Russland.

Petersburg, 5. Jan. (W.B.) Meldung der Petersb. Telegr.-Ag. Der Betrieb der Staatsbank ist fast vollständig wieder in Gang, sie arbeitet vollkommen normal. Es sind 650 neue Beamte angestellt worden, und 450 alte Beamte haben die Arbeit wieder aufgenommen. Wie in Bankgeschäften erfahren Leute vermuten, werden nach der Ueberprüfung der Geschäfte der Banken zwei oder drei Milliarden Rubel dem Staatsschatz der Republik abgeliefert werden können, da diese bisher Gold enthalten, das laut Ertrag der Regierung der Volkskommissare der Beschlagnahme verfallen ist.

Meldung der Petersb. Telegr.-Ag. Infolge starker Schneefälle ist die Anfuhr von Lebensmittel und Kriegslieferungen und ihre Abfuhr auf den Straßen gestört, ebenso der Verkehr der Straßenbahnen, Automobile usw. Um die Straßen und Transporthwege zu räumen, ist am 4. Januar ein allgemeines öffentliches Arbeitsamt eingerichtet worden. Die Durchführung dieses Erlasses ist den Regiments- und Eisenbahnerausschüssen übertragen worden. Mit der allgemeinen Ueberwachung der Ausführung dieses Erlasses sind die Bezirks-Sowjets und die Arbeiter- und Bauernabgeordneten beauftragt worden. Leute, die keine ausübende Arbeit tun, werden zuerst zu der Arbeit gezwungen werden.

Meldung der Petersb. Telegr.-Ag. Der Uebtritt auf russisches Gebiet kann unter folgenden Bedingungen erfolgen: 1. Die Grenzen sind für alle fremden Bürger frei zu überschreiten, wenn sie diplomatische Pässe von alliierten und neutralen Mächten mit dem Bismarck des Kommissariats für Auswärtiges beim Rat der Volkskommissare besitzen. 2. Russische Bürger, welche diplomatische Pässe vom Kommissariat beim Rat der Volkskommissare besitzen, überschreiten die Grenze frei. 3. Politische Bekannte, welche persönliche Pässe besitzen, die in jedem einzelnen Falle durch einen besonders Bevollmächtigten der betreffenden Ausschüsse der Bekannten ausgefolgt werden und das Bismarck von einem Vertreter des Rates der Kommissare im Auslande tragen. 4. Bürger, sowohl russische, einschl. finnische, als fremde, welche diplomatische Pässe besitzen, überschreiten die russische Grenze frei, falls sie eine vorläufige besondere Aufenthaltserlaubnis von dem Vertreter des Rates der Kommissare im Auslande besitzen, und 5. russische Bürger, ausgenommen Diplomaten, welche das russische Gebiet verlassen, werden einer Selbstuntersuchung unterworfen.

Nach einer Petersburger Tagesmeldung wird den Ministern berichtet, daß der frühere Kriegsminister Sawinkow und der frühere Generalstabschef Alexejew sich in Nowo-Tscherkassk befinden, wo die Abteilung der Militärstrafen von Petersburg, Woskau und anderen Provinzialen konzentriert sind. Gegenwärtig werden in Nowo-Tscherkassk Spezialkorps gebildet, die dazu bestimmt sind, Kaledin im Don-Gebiet zu unterwerfen. Kornilow soll zum Oberbefehlshaber aller Truppen im Don-Gebiet ernannt werden.

Nach einer Pekingener Tagesmeldung aus Charkin wird berichtet, daß in der Stadt vollkommene Ordnung herrsche. Die Maximalisten sollen, da sie ohnmächtig seien, kapituliert

haben. Tausende von russischen Soldaten sind in der Wandkurd angekommen.

Die deutsche Delegation in Petersburg.

Genf, 6. Jan. (Z.N.) Der Petersburger Korrespondent des „Temps“ meldet: Graf Witte wurde von Trozki empfangen. Die Unterredung dauerte zwei Stunden. Einem Vertreter des „Dien“ antwortete Graf Kaiserling auf die Frage, ob Deutschland keine Furcht um die in den russischen Banken liegenden Kapitalien habe: Kein Deutscher wird auch nur einen Pfennig verlieren.

Die russischen Soldaten weigern sich weiter zu kämpfen.

Rotterdam, 4. Jan. (W.B.) Nach dem „Nieuwe Rotterdamse Courant“ meldet der Petersburger Korrespondent des „Daily Telegraph“: Es ist eine Tatsache, daß die Volkswirtschaft jetzt zugeben, daß die Unterhandlungen von Brest-Litovsk mißglückt sind und daß die deutschen Vorschläge keine Grundlage bilden, auf der Rußland Frieden schließen könnte. Als aber Animanow im Sowjet mitteilte, daß die Bedingungen unannehmbar seien, fanden die Vertreter der verschiedenen Armeen auf und erklärten, daß die Soldaten nicht kämpfen würden und es auch nicht könnten.

Trozki an die französischen Sozialisten.

Genf, 6. Jan. Die französischen Sozialisten haben vorige Woche einen Aufruf an die russischen Sozialisten veröffentlicht, um sie auf die Nachteile eines russischen Sonderfriedens für die französischen Bundesgenossen aufmerksam zu machen. Trozki hat darauf eine lange Antwort geschrieben, die vom 29. Dezember datiert ist und von dem Pariser radikalen Abendblatt „La Verité“ gestern veröffentlicht worden ist. Trozki setzt in dieser Antwort den Ursprung der russischen Revolution auseinander und stellt fest, daß die Siegesversprechungen, die dem französischen Volk regelmäßig von seinen Regierungen gemacht werden, niemals in Erfüllung gegangen sind. Man könnte heute im vierten Kriegsjahr feststellen, daß eine militärische Lösung des Krieges überhaupt nicht zu finden sei. Der Brief Trozki's fährt sodann fort:

Die russischen Sozialisten haben versucht, einen Ausweg aus dem Krieg zu finden durch die Revolution. Nach dem Sturz der bürgerlichen Diktatur Guskow's und Maljowski's ist die Macht in die Hände der verschiedenen Sozialisten der russischen Scheidemann und Wandervogel übergegangen. Sie haben sich bemüht, in dem Rahmen der Allianz des Jarentums zu bleiben und auf diese Weise den Abschluß des Friedens zu beschleunigen. Aber welche Früchte hat diese Politik der achtungsvollen Regierungen gebracht? Keine! Die bürgerlichen Diplomaten, darunter auch die Diplomaten Frankreichs, haben versucht, sich ihrer zu entledigen durch banale Redensarten und unbestimmte Versprechungen.

Trozki stellt fest, daß die parlamentarische Vertretung der sozialistischen Partei von Anfang des Krieges an die Politik der bürgerlichen Regierung Frankreichs unterstützt hat und dadurch die Verantwortung dafür trägt. Die parlamentarische Fraktion des französischen Sozialismus ist durchaus verantwortlich für die Demütigung des offiziellen französischen Sozialismus und sie hat sich jedes Rechtes beraubt, den russischen Sozialisten zu beurteilen. Die französischen Sozialdemokraten sind deshalb auch nicht berufen, uns den Waffenstillstand und die Gefahr eines Sonderfriedens vorzuwerfen. Wir haben uns an alle Völker, die im Krieg stehen, und an ihre Regierungen gewandt mit dem Vorschlag, einen allgemeinen Frieden zu verhandeln. Diese Verhandlungen bedeuten für keinen der Teilnehmer und noch weniger für uns selbst die Annahme eines Friedens um jeden Preis und unter jeder Bedingung. Wir unsererseits haben die Verträge veröffentlicht, sie für null und nichtig erklärt und einen Frieden auf demokratischer Grundlage vorgeschlagen.

Die französische Bourgeoisie hat auf diesen Vorschlag mit der Berufung des Ministeriums des blauen Chauvinismus und des sozialist. Rücktritts geantwortet. Der off. französische Sozialismus hat daraufhin mit Vorwürfen und Anklagen geantwortet, aber nicht an die Adresse der französischen Bourgeoisie, sondern an die Adresse des russischen Proletariats und er hat unter dem Ministerium Clemenceau die „heilige Einigkeit“ in ihrer ganzen Kraft gezeigt. Aber ein solcher Friede kann gegenwärtig nur erreicht werden durch einen Ansturm auf die Bourgeoisie in jedem Land. Die „heilige Einigkeit“ schließt die Möglichkeit eines solchen Kampfes aus. Sie bindet dem Proletariat Hände und Füße und macht es zum willenlosen Werkzeug der Bourgeoisie. Das französische Volk hat aber kein geringeres Friedensbedürfnis als die anderen Völker. Der Des. Clemenceau ist nicht derjenige des Friedens, er führt das französische Volk in sein Verderben. Das französische Proletariat kann das nicht mitberichten. Wir glauben fest, daß es die Stimme erheben und von seiner Regierung verlangen wird, daß sie teilnimmt an den Verhandlungen. Aber keinen Sonderfrieden will, kann sich nicht weigern, an den Verhandlungen über einen allgemeinen Frieden teilzunehmen, d. h. er muß sich seine eigenen Friedensbedingungen erklären. Die Verhandlungen für den Frieden sind eröffnet. Der Rat der Kommissare des Volkes wird dabei die Interessen und Grundzüge des nationalen Sozialismus verteidigen.

Die Maximalisten und die Ukrainer.

Die Petersburger Telegraphen-Agentur meldet: Da sich die offiziellen Vertreter der ukrainischen Rada bereit erklärt, die Verhandlungen mit dem Rat der Volkskommissare, der die Unabhängigkeit der ukrainischen Republik anerkennt, zu eröffnen, und damit die Rada ihrerseits den gegenrevolutionären Charakter und die Tätigkeit ihrer Anhänger anerkennt, wäre die Eröffnung von Verhandlungen mit ihr durchaus wünschenswert. Es wird dabei berücksichtigt, daß der Rat der Volkskommissare das Recht aller Nationen, einschließend der ukrainischen, auf staatliche Unabhängigkeit unbedingt anerkennt. Jeder Versuch, einen Krieg mit der Rada zu vermeiden, muß gemacht werden, wenn die Rada den gegenrevolutionären Charakter der Tätigkeit Kaledin's anerkennt und den Krieg gegen ihn nicht verhindert. Der Rat der Volkskommissare spricht die Ueberzeugung aus, daß die ukrainische Rada Bedingungen schaffen wird, die jeden Zusammenstoß zwischen den Brüderrötern

unmöglich machen werden. Der Rat der Volkskommissare hält es für angebracht, regelrechte Beziehungen mit der Rada zu eröffnen, um alle Verbindungen zu vermeiden, die durch die Politik der Rada mit Bezug auf die allgemeine Front und die gegenrevolutionäre Erhebung Kaledin's hervorgerufen wurden. Der Rat der Volkskommissare schlägt der Rada Verhandlungen über ein Abkommen gemäß den angegebenen Grundzügen vor und bezeichnet als günstigsten Ort, um die Verhandlungen zu führen, die Städte Smolensk oder Witebsk.

Eine Kriegszielerklärung Lloyd Georges.

London, 6. Jan. (W.B.) Neutermeldung. Nach einer Neutermeldung berief Lloyd George gestern die Vertreter der Gewerkschaften zu sich und gab ihnen eine Erklärung über die Kriegsziele, in der er u. a. folgendes sagte: Wir sind an der kritischsten Stunde des furchtbaren Kampfes angelangt, und bevor die Regierung eine schwerwiegende Entscheidung über die Bedingungen trifft, unter denen sie den Kampf beenden oder fortsetzen will, muß dem Genüge getan werden, daß das Gewissen der Nation hinter diesen Bedingungen steht. Lloyd George erklärte dann weiter, daß er die Frage der Kriegsziele mit den Arbeiterführern, den Ministern Asquith, Grey sowie einigen Vertretern der größeren überseeischen Dominions beraten habe, so daß das Ergebnis dieser Erörterungen Anspruch darauf habe, nicht allein als Auffassung der Regierung, sondern der Nation und des ganzen Reiches zu gelten. Er sagte: Wir führen keinen Angriffskrieg gegen das deutsche Volk, das von seinen Führern überzeugt wurde, es kämpfe einen Verteidigungskrieg gegen eine Vereinigung neidischer Völker, die auf die Zerschlagung Deutschlands oder des deutschen Volkes abzielen. Das ist nicht der Fall. Eine Zerschlagung Deutschlands oder des deutschen Volkes war niemals unser Kriegsziel vom ersten Tage des Krieges bis heute. Das englische Volk hat niemals eine Trennung der deutschen Stämme oder die Auflösung des deutschen Staates oder des Landes beabsichtigt. Deutschland hatte eine große Stellung in der Welt. Es ist nicht unser Wunsch oder unsere Absicht, diese Stellung in Zukunft in Frage zu stellen oder zu zerstören, sondern Deutschland von seinen Hoffnungen und Plänen einer militärischen Beherrschung abzulassen, damit es alle seine Kraft den großen gemeinnützigen Aufgaben der Welt widmet. Ebenso kämpfen wir nicht um Oesterreich-Ungarn zu zerstören oder die Türkei ihrer Hauptstadt und der reichen berühmten Besitzungen in Kleinasien und Thrazien, die vorwiegend von der türkischen Rasse besetzt sind, zu berauben. Ebenso wenig sind wir in den Krieg eingetreten, um die Verfassung des Deutschen Reiches abzuändern und zu zerstören. Das ist eine Sache, die das Volk zu entscheiden hat. (Ra - also)

Zu der Erklärung des Grafen Czernin, die dieser am 25. Dez. 1917 im Namen Oesterreich-Ungarns und seiner Verbündeten abgab, sagte Lloyd George: Diese ist bodenlos unbestimmt. Klingende Worte allein über die Formeln: „Keine Annexionen und keine Entschädigungen“ oder „das Recht der Völker auf Selbstbestimmung“ sind zwecklos; bevor irgendwelche Verhandlungen überhaupt begonnen werden können, müssen sich die Mittelstände der wesentlichen Tatsachen der Lage bewußt werden. Die ersten Forderungen, die daher die britische Regierung und ihre Verbündeten immer vorangestellt haben, sind: Vollständige Wiederaufrichtung Belgiens und eine solche Entschädigung für seine verwaisteten Städte und Provinzen, wie sie überhaupt gemacht werden kann. Dies ist nicht die Forderung einer Kriegsentschädigung wie sie Deutschland im Jahre 1871 Frankreich auferlegt hat. Es ist nicht mehr und nicht weniger als das Bestehen darauf, daß bevor es irgend eine Hoffnung auf einen dauerhaften Frieden geben kann, dieser nur die Frucht des öffentlichen europäischen Rechtes sein kann. Ein Wiedergutmachen bedeutet Anerkennung. So lange das internationale Recht nicht durch Beharren auf Zahlung von Schäden, die in Achtachtung seiner Grundlagen zugefügt wurden, anerkannt ist, kann es niemals Wirklichkeit sein. Als nächstes kommt die Wiederherstellung Serbiens, Montenegro's sowie der besetzten Teile Frankreichs, Italiens und Rumaniens und vollständige Zurückziehung der feindlichen Armeen. Das Wiedergutmachen des Unrechts ist die grundlegende Bedingung für einen dauernden Frieden.

Wir wollen bis zum Untergange an der Seite der französischen Demokratie, in deren Verlangen auf Wiederverewägung (reconsideration) des großen Unrechts von 1871 stehen, als ohne Rücksicht auf die Wünsche der Bevölkerung zwel, französische Provinzen aus Frankreich herausgerissen und dem Deutschen Reich während eines halben Jahrhunderts einverleibt wurden, und bis dieses nicht geschieht, können gesunde Zustände nicht wieder eintreten. Es kann keine bessere Illustration der tödlichen Bösartigkeit geben, einen vorübergehenden militärischen Erfolg zur Vergewaltigung des nationalen Rechtes zu benutzen.

Ich will nicht versuchen, die Frage der russischen Gebiete, die jetzt von den Deutschen besetzt sind, zu behandeln. Die russische Politik ist seit der Revolution durch so viele Phasen und so schnell gelaufen, daß es schwierig ist, ohne eine Reserve das Urteil darüber zu sprechen, welches die Lage sein wird, wenn die endgültigen Bedingungen des europäischen Friedens gesprochen werden. Rußland hat den Krieg mit allen seinen Schrecken hingenommen, weil es, getreu seiner Ueberlieferung als Schützer der schwächeren Stämme gleicher Rasse in den Krieg eintrat, um Serbien vor dem Anschlag auf seine Unabhängigkeit zu schützen, ist dies ein ehrenvolles Opfer, das nicht allein Rußland, sondern auch Frankreich in den Krieg zog.

Frankreich, treu den Bedingungen seines Vertrages mit Rußland, trat an die Seite seines Verbündeten in einem Streit, der nicht seine Sache war. Seine ritterliche Haltung für seinen Vertrag führte zu dem willkürlichen Einfall in Belgien und die Vertragsverpflichtungen Großbritanniens gegen dieses kleine Land zogen uns in den Krieg. Rußland ist nunmehr dabei, ohne Verbindung mit Vändern, die es in den Krieg zog, Sonderverhandlungen mit dem gemeinsamen Feind zu führen. Ich mache keine Vorwürfe, und führe lediglich Tatsachen an. Niemand, der Preußen und seine Absichten auf Rußland kennt, kann im Augenblick über seine letzten Absichten im Zweifel sein, was für Phrasen es auch immer gebraucht, um Rußland einzuwideln. Es liegt nicht in seiner Absicht, eine der Provinzen und Städte Rußlands, die es jetzt besetzt hält, zurückzugeben, unter einem oder dem anderen Namen, welchem ist gleichgültig, werden diese russischen Provinzen künftig in Wirklichkeit den Teil

... eines vornehmlichen Reiches bilden und das übrige Volk Rußlands wie, teils durch blenden Worte verlockt, teils durch Drohungen über die Fortsetzung des Krieges gefaselt, in einen Zustand vollständiger wirtschaftlicher und später auch politischer Sklaverei zu Deutschland getrieben werden. Wir alle bedauern diese Aussicht. Die Demokratie Englands beabsichtigt bis zum letzten Demokraten, Frankreich, Italien und allen unseren Verbündeten beizustehen.

Wir werden stolz sein, bis zum Ende Seite an Seite mit der neuen Demokratie Rußlands zu kämpfen, daselbst will Amerika, und Frankreich und Italien, aber wenn die gegenwärtigen Machthaber Rußlands, unabhängig von ihren Verbündeten, etwas unternehmen, so haben wir keine Mittel, einzuschreiten, die Katastrophe, der ihr Land sicherlich verfallen muß aufzuhalten. Wir glauben jedoch, daß ein unabhängiges Polen, das alle jene wahrhaft polnischen Elemente umfaßt, die wünschen, einen Teil davon zu bilden, eine dringende Notwendigkeit für das Gleichgewicht in Osteuropa ist. In gleicher Weise und obwohl wir mit Willen übereinstimmen, daß eine Auflösung Österreich-Ungarns kein Teil unserer Kriegsziele ist, bin ich der Meinung, daß wenn nicht eine Selbstregierung auf Grund von wirklich demokratischen Grundgesetzen jenen österrösischen Nationen gewährt wird, die dies so lange wünschen, es unmöglich ist, auf eine Beseitigung jener Ursachen in diesem Teile Europas, die so lange seinen allgemeinen Frieden bedrohen, zu hoffen. Aus denselben Gründen betrachten wir mit Befriedigung den natürlichen Anspruch der Italiener auf eine Vereinigung mit einem Volke gleicher Rasse und Sprache als notwendig. Ebenso beabsichtigen wir, darauf zu dringen, daß den Völkern rumänischen Blutes und rumänischer Sprache in ihren berechtigten Bestrebungen Gerechtigkeit getan werde. Außerhalb Europas glauben wir, daß dieselben Grundätze zur Anwendung kommen sollen. Während wir keineswegs die Aufrechterhaltung des türkischen Reiches in der Heimat der türkischen Rasse mit Konstantinopel als Hauptstadt in Frage stellen wollen, sind Arabien, Armenien, Mesopotamien, Syrien und Palästina, wenn die Durchfälle zwischen dem Schwarzen und dem Mitteländischen Meere internationalisiert und neutralisiert ist, unserem Urteil gemäß berechtigt, eine Anerkennung ihrer besonderen nationalen Bedingungen zu erhalten.

Welche Form diese Anerkennung in jedem einzelnen Falle annehmen soll, braucht hier nicht erörtert zu werden, außer der Erklärung, daß es unmöglich sein würde, die Länder, die ich schon erwähnte, unter die frühere Souveränität zurückzugeben. Es würde viel über die Vereinbarungen, die wir mit unseren Verbündeten über diese und andere Gegenstände eingegangen sind, gesprochen. Ich kann nur sagen, daß, wenn neue Umstände wie der russische Zusammenbruch und die russischen Sonderverhandlungen die Bedingungen verändern, unter welchen unsere Vereinbarungen gemacht werden, wir immer bereit waren, sie mit unseren Verbündeten zu besprechen.

Was die deutschen Kolonien anbelangt, so erkläre ich wiederholt, daß sie zur Verfügung einer Konferenz gehalten werden, deren Einschließung in erster Linie Rücksicht auf die Wünsche und Interessen der eingeborenen Bewohner dieser Kolonien nehmen muß. Keines dieser Gebiete wird von Europäern bewohnt. Daher muß das Hauptgewicht darauf gelegt werden, daß in allen diesen Fällen die Eingeborenen einer ihnen annehmbaren Verwaltung unterstellt werden, deren Hauptaufgabe es sein wird, ihre Aufmerksamkeit im Interesse der europäischen Kapitalisten zu verhebeln. Die deutsche Erklärung, daß die Eingeborenen in den deutschen Kolonien durch militärische Treue während des Krieges und durch Unfähigkeit den Entschluß zeigten, unter allen Umständen bei Deutschland zu bleiben, ist nicht auf die deutschen Kolonien im allgemeinen anzuwenden, sondern nur auf eine davon und in diesem Falle (Deutsch-Ostafrika) haben sich die deutschen Behörden nicht die Unabhängigkeit der Eingeborenenbedürfnisse im ganzen, die eine tiefere Abneigung gegen die Deutschen hat und haben wird, gesichert, sondern nur einer kleinen kriegerischen Klasse, aus der sie ihre Soldaten oder Askaris gewählt haben. Schließlich muß eine Gutmaßung des in der Vergewaltigung des internationalen Rechtes verübten Schadens eintreten.

Eine ganz andere Tonart schlägt diesmal Lloyd George an. Geradezu hebreisch und wohlwollend fließen im ersten Teile seiner Rede die Worte. Kein Hochgefang gegen den deutschen Militarismus. Kein kränkendes Wort. Im weiteren Verlauf seiner Rede wendet sich das Bild. Hier kommt wieder der alte „Knock out“ Mann zum Durchbruch. Die Friedensbedingungen — der alte Kern nur in einer etwas schmaleren Schale. Doch für uns genau so indiskutierbar wie früher. Geradezu überlich macht sich Lloyd George mit der Anwendung des Selbstbestimmungsrechtes auf die Eingeborenen, die Nege der deutschen Kolonien. Dieser Vorschlag muß aus dem Munde eines Vertreter des besiegten Volkes kommen, das über die unterjochten Eingeborenenvölker seiner Kolonien eine unermessliche und unbarmherzige Tyrannei ausübt. Das sich den Teufel um das Selbstbestimmungsrecht der von ihnen unterworfenen Nationen und Rassen kümmert. Wahrscheinlich Lloyd George sorgt für manche Stunde der Erleichterung in diesem traurigen Weltkriege.

Wochen-Rückblick.

Wenn wir in Stunden wichtiger Entscheidungen den Reichstag nennen, so überkommen uns unruhige Stimmungen. Wird er diesmal das Richtige treffen, wird er die Wandlung eines deutschen Friedens fördern, oder wird er seine Kräfte mit Grundgesetzen und Parteischablonen versetzen? Denn das müssen wir alle zugeben und feststellen: eine große Aufgabe liegt ihm auch heute wieder ob. Es sei uns ferne, zu fordern, daß die Volksvertretung jetzt schweigen und sich verbergen müsse. Sie hat, wie ihr Name sagt, der Stimmung des Volkes Ausdruck zu verleihen, und das ist heute etwas Größeres, als der Erledigung vielfältiger Geschäfte nachzugehen, zu deren Erledigung der Reichstag sonst verfassungsmäßig berufen ist. Friedensverträge zu formulieren, ist keines, des Reichstags, Amtes nicht. Wir wünschen aber alle einen neuen Ausbruch des Volkswillens, nachdem die Lage seit dem Juli sich so gründlich geändert hat. In einer Stunde, da einer unserer bisherigen Gegner unter dem Druck der Verhältnisse schleunigen Frieden schließen muß, da dürfte es, wie beim Kriegsausbruch, unter uns keine Parteien geben. Eine verständliche Stimmung gegenüber unserem russischen Nachbar ist in allen deutschen

Landen gleichmäßig vorhanden; darüber gibt es keinen Zweifel, darüber braucht auch der Reichstag keine „Klärung“ zu schaffen. Wohl aber sollte er unseren Unterhändlern in Brest-Litowsk die Stimmungsgrundlage schaffen, auf der die Verhandlungen günstig fortzuschreiten können. In der „Beschlüßigung“ sind wir zweifellos mitten drin, und ein „Beschlüßigungsfriede“ soll mit Rußland geschlossen werden. Wenn aber heute die Verhandlungen wieder beginnen, so ist die Fragestellung für uns diesmal wirklich so zugespitzt: Verzicht oder kein Verzicht? Es handelt sich um die russischen Vordestelle, die sich lösen wollen und deren Auflösung und Angleichung an die Zentralmächte in unserem Interesse liegt. Die Russen haben schon halbe Zugeständnisse gemacht, sie wollen über diese Fragen in einem besonderen Ausschuss verhandeln. Die Petersburger Regierung hat sich mit den Unabhängigkeitserklärungen der betr. Grenzländer, deren Selbstbestimmungsrecht sie achten will, bereits einverstanden erklärt. Also wird die Einigung nicht allzu schwer fallen, wenn der Reichstag, wenn die deutschen Volksvertretungen einheitlich und geschlossen nicht so sehr die Giltigkeit allgemeiner Theorien, als vielmehr auch das positive Recht der neu geschaffenen Machtverhältnisse, die Pflicht, unser Reich im Osten für die Zukunft zu sichern, unterstützen und empfehlen. Wollen wir uns, wie es ja auch Herr v. Beckmann Hollwegs Kriegsziel war, wirklich sichern, durch Grenzverbesserungen und -erweiterungen, für die deutsche Botschaft und deutsche Kulturanlagen die besten Vorbedingungen geschaffen haben, oder wollen wir verzichten und jener „abstrakten sozialistischen Ideologie“ nachhaken, gegen die neuerdings sogar die „Frankf. Zig.“ Worte des Tadels gefunden hat? Die unwiederbringliche Gelegenheit mahnt uns, zuerst an den praktischen Nutzen, an reale Ziele und Wirkungen zu denken, dann erst an Selbstbestimmungsrechte, wobei keinesfalls die Zustimmung von Analphabeten in Frage kommen darf.

Ob der Hauptausschuss des Reichstags, der am Donnerstag seine Beratungen begonnen hat, die Unterlegung der Regierung in diesem Sinne fortführen wird, muß sich bald zeigen. Unsere militärischen Instanzen, Hindenburg und Ludendorff, die wieder einmal in Berlin gewollt haben, werden den Grafen Hertling und Herrn v. Kuhlmann vermutlich keine Wege des Verzichts gemietet haben. Die nationalliberale Reichstagsfraktion hat sich, wie die parlamentarische Korrespondenz berichtet, einmütig auf den Standpunkt gestellt, daß in Bezug auf die Frage der notwendigen strategischen Grenzverschiebungen dem Urteil der Obersten Heeresleitung maßgebende Bedeutung zukomme. Dem ist durchaus beizustimmen, denn die Heeresleitung wird nicht nur die Bedeutung der Grenzverschiebung für die Zukunft richtig einschätzen, sondern sie ist auch vor allen anderen Instanzen befähigt, zu urteilen, wie weit wir auf Grund der jetzigen militärischen Lage in unseren Forderungen gehen dürfen. Wenn die nationalliberale Fraktion, wie weiter berichtet wird, auch darin einig ist, daß irgend eine Verlängerung des den Ententemächten angebotenen Termins zur Teilnahme an den Friedensverhandlungen unter keinen Umständen eintreten dürfe, „auch nicht, wenn sie von anderer Seite verlangt werden würde“, so ist auch dieser Standpunkt durchaus stichhaltig. Ganz abgesehen von der Erklärung unseres Reichstanzlers, daß Verhandlungen mit Männern von der Bestimmung wie Lloyd George ausgeschlossen seien, sind uns die Pläne der Westmächte durch Befundungen englischer, französischer und italienischer Staatsmänner in den letzten Tagen hinlänglich vertraut geworden. Wenn nebenher fragwürdige, gewundene Notizen veröffentlicht werden — mehr ist bisher nicht erfolgt —, wonach die gegnerischen Mächte die durch die Feststellungen von Brest-Litowsk geschaffene Lage „ernstlich prägen“ wollten, so scheinen sich dadurch englische Verschöpfungskünste anzukündigen zu wollen. Es ist sehr wahrscheinlich, daß die Russen dahin beeinflusst werden sollen, die Verhandlungen mit den Mittelmächten noch weiterhin zu unterbrechen. (Was ja bereits geschehen ist. Die Schriftl.) Dagegen dürfen und müssen unsere Regierungen kräftige Schritte tun; am besten wären vorbeugende Schritte. Die Russen dürfen nicht annehmen, daß unsere Geduld und unser Entgegenkommen unbegrenzt sind. Man muß ihnen Gelegenheiten geben, wohl zu erwägen, ob sie einen baldigen Friedensschluß mit uns leichtfertig aufs Spiel setzen, ob sie noch monatelang der Spielball ihrer bisherigen Verbündeten sein wollen. Friede und Freundschaft unter der Menschheit werden am besten dadurch angebahnt, daß den Engländern zuvor einmal ihr unaufrichtiges Doppelspiel, ihre ewigen Lügen und Verdrehungen und ihre abgedroschenen Redensarten abgewöhnt werden. Heute sehen sie noch nicht in hinreichender Weise den Ernst der Lage vor sich.

Die Tagesberichte.

Der deutsche amtliche Bericht.

Großes Hauptquartier, 5. Jan. (W.B. Amtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz:

An der französischen Front östlich von Ypern, in einzelnen Abschnitten zwischen Scarpe und Somme sowie in Gegend von Abocourt und St. Mihiel entwickelten sich zeitweilig lebhaftere Feuerkämpfe. An der übrigen Front blieb die Artillerietätigkeit auf Störungsfeuer beschränkt. Ostlich von Bullecourt hatte eine gewaltige Erkundung vollen Erfolg und brachte eine größere Anzahl gefangener Engländer ein.

Ostlicher Kriegsschauplatz:

Nichts Neues.

Mazedonische Front.

Keine besonderen Ereignisse.

Italienische Front:

Zwischen Brenta und de Montello lebte das Artilleriefeuer vorübergehend auf.

Der erste Generalquartiermeister: Ludendorff.

Großes Hauptquartier, 6. Jan. (W.B. Amtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz:

Die Feueraktivität blieb meist gering. Sie steigerte sich vorübergehend an verschiedenen Stellen der Front im Zusammenhang mit Erkundungsgesuchen. Französische Vorstöße in der Champagne wurden im Nachkampf abgewiesen. Bei Aubincourt und nordöstlich von Abocourt brachten eigene nach Feuerbereitschaft durchgeführte Unternehmungen ebenso wie ein überraschender Einbruch in die feindlichen Linien westlich von Bezonvaux zahlreiche Gefangene und einige Maschinengewehre als Beute ein.

Im Walde von Allij berückten die Franzosen zweimal vergeblich in unsere Gräben einzudringen.

Am 4. und 5. Januar wurden im Luftkampf und von der Erde aus 15 feindliche Flugzeuge und 4 Gefechtsballone abgeschossen.

Ostlicher Kriegsschauplatz:

Nichts Neues.

Mazedonische Front.

Die Lage ist unverändert.

Italienische Front:

Beiderseits der Brenta, im Tombagebiet und am Montello zeitweilig Artilleriekampf.

Der erste Generalquartiermeister: Ludendorff.

Der deutsche Abendbericht.

Berlin, 6. Jan., abends. (W.B. Amtlich.)

Erhöhte Gefechtstätigkeit an der flandrischen Front, südlich von der Scarpe und auf dem Westufer der Roisel.

Von den anderen Kriegsschauplätzen nichts Neues.

Der österreichische amtliche Bericht.

Wien, 5. Jan. (W.B.) Amtlich wird verkündet:

Ostlicher Kriegsschauplatz:

Waffenstillstand.

Italienischer Kriegsschauplatz:

Die Gefechtstätigkeit blieb auf zeitweiliges Artilleriefeuer beschränkt.

Wien, 6. Jan. (W.B.) Amtlich wird verkündet:

Ostlicher Kriegsschauplatz:

Waffenstillstand.

Mazedonischer Kriegsschauplatz:

Auf der Hochfläche von Asiago, im Gebiete des Monte Asolone, des Monte Tomba und des Montello entwickelten sich zeitweilig Artilleriekämpfe.

Der bulgarische amtliche Bericht.

Sofia, 4. Jan. (W.B.) Amtlicher Bericht vom 3. Jan. Mazedonische Front: Befehl vom Oberbefehlshaber vertrieben unsere Erkundungsabteilungen feindliche vorgehobene Einheiten. Auf den Höhenstellungen im Gebirgsgebiet etwas lebhaftere Artillerietätigkeit. Nordlich vom Tachinosee für uns günstige Erkundungsunternehmungen. Nach einem Luftkampf schloß der deutsche Bizefdiverbel Gnedig ein feindliches Flugzeug ab, das hinter unsere Stellungen nordwestlich vom Dolcan-See niederfiel. Zwei englische Akter wurden dabei zu Gefangenen gemacht. — Dobrudschafont: Waffenstillstand.

Der Ernst der U-Bootdrohung

Wir sind selten mit dem Sinn der Reden einverstanden, die im englischen Unter- und Oberhaus gehalten werden. Was aber Admiral Beresford in der Sitzung des Oberhauses am 13. Dezember gesagt hat, das können wir völlig unterschreiben. Wir sind ganz derselben Meinung, daß viele der jüngst von englischen Ministern abgegebenen Erklärungen, „reinerlicher Wortsinn“ sind, daß die Minister für den Premierminister Lloyd George einen „wirksamen Mautkorb“ erfinden möchten, und daß er seine Finger von maximierten Dingen lieber fortlassen solle.

Diese Feststellungen des englischen Komtrals finden also in Deutschland, für das bekanntlich die englischen Ministerreden in erster Linie gehalten werden, rückhaltlose Zustimmung. Aber auch das harmlose englische Publikum dürfte schließlich angesichts der Beresford'schen Erklärungen ruhig werden, denn in tausendfachen Variationen steht es in seiner eigenen Presse auf Klagen, Schilderungen und Darlegungen, die dem Admiral Beresford Recht geben und die optimistischen Ministerreden lägen strafen. Der Marineminister der „Times“ schreibt z. B. am 6. Dezember über den U-Bootkrieg:

„Die drei letzten Wochenberichte geben 11, 13 und 16 große englische Schiffe als versenkt an. Es wäre die Höhe der Torheit, die Schwierigkeiten der gegenwärtigen Lage zu unterschätzen. Es ist etwas Wahres an der Behauptung des deutschen Reichstanzlers, daß die Hochseeflotte als Reserve und Stütze hinter den U-Booten steht, denn sie trägt zum Schutz der U-Boot-Basen und zur Offenhaltung der Wege bei, auf denen die U-Boote die Straßen des Schiffsverkehrs erreichen.“

Auch der Pariser „Figaro“ warnt davor, von einem Scheitern des U-Bootkrieges zu sprechen. Ebenso läßt die italienische „Stampa“ in dasselbe Horn und zielt gegen alle Schönfärberei zu Hesse. In ihrer Ausgabe vom 9. Dezember heißt es: „Das schwankende Verhalten der Regierungen hat es zugelassen, daß sogenannte nautische Sachverständige zur U-Boot-Frage einen völlig unberechtigten Optimismus zur Schau tragen und es so darstellen dürfen, als ob die U-Boot-Drohung Deutschlands zu einem Kinderfurcht geworden sei. Es unterliegt keinem Zweifel, daß das in seinen Wirkungen so ernste Sonnenproblem eine gefährliche Zuspitzung erfahren hat.“

Aus allen Lagern der Feinde hören wir zunehmende Klagen und Besorgnisse, je weiter der U-Boot-Krieg fort-schreitet, und die irreführenden Wörter merken die Wirkung unserer Seesperre täglich deutlicher. Hieran werden auch alle zukünftigen optimistischen Reden der Ententeminister nichts mehr ändern können.

Beschlüsse der Stadtverordneten

der Stadt Dillenburg

in der Sitzung vom Samstag, den 5. Januar 1918,

nachm. 4 Uhr.

Anwesend 21 Stadtverordnete und 4 Magistrats-

mitglieder.

Die Verhandlungen leitet der Stadtverordneten-Vor-

steher Prof. Koll.

Vor Eintritt in die Tagesordnung entbietet der Vorsitz der Versammlung seine Glückwünsche zum begonnenen, für jeden einzelnen persönlich, für die Gemeinde und das Vaterland bedeutsamen Jahre; guten Muts und voll fester Zuversicht sind wir in dasselbe eingetreten mit dem Vorsatz, alles zu tun im Interesse der Stadt und des Vaterlandes.

Die Tagesordnung findet sodann folgendermaßen Er-

ledigung:

1. Einführung des zum Beigeordneten gewählten Herrn Reuhoff und der neu bezw. wiedergewählten Stadtverordneten. — Die Einfüh-

nung des zum Beigeordneten gewählten früheren Magistratschöffen Reuhoff erfolgt durch den Bürgermeister unter Berufung auf den §. 1. d. Gesetz.

Die wiedergewählten Stadtverordneten sowie die beiden neuen Mitglieder des Kollegiums Hül. Haas und Wilh. Ströber werden von dem Vorsteher mittels Handschlags an Eidesstatt verpflichtet.

2. Wahl des Stadtverordneten-Vorstehers, seines Stellvertreters und der Kommissionen.

Der Vorsteher Prof. Koll und sein Stellvertreter Buchdruckermeister E. Weidenbach werden auf Vorschlag aus der Versammlung durch Jura einstimmig wiedergewählt, ebenso die beiden Schriftführer E. Gassert und Dr. Dönges. Die Kommissionen werden in der bisherigen Zusammensetzung beibehalten und die beiden neuen Stadtverordneten der landw. Kommission zugeteilt.

3. Mitteilungen. Der Stadtverordnete Röber hat die Annahme der Wahl zum Magistratschöffen abgelehnt, dem Vorstand Holländer hat die vorgelegte Behörde die Zustimmung zur Annahme der Wahl als Magistratsmitglied verweigert. Neuwahl wird vom Magistrat anzuordnen sein, ebenso wie Wahl eines weiteren Stadtverordneten an Stelle des §. 1. im Felde befindlichen Bierbrauereibes. H. Haubach jr., der zur Annahme der auf ihn gefallenen Wahl als Stadtverordneter nicht in der Lage ist.

Dr. Dönges gibt der Versammlung Kenntnis von dem Dank der unter den Fahnen stehenden Dillenburg für die Weihnachtsgeldpostsendung. Es sind etwa 800 Pakete verschickt worden, für welche allerseits warme Dankesäußerungen einfließen. Aus der Versammlung werden der Kommission und allen Beteiligten für ihre Mithilfe Worte der Anerkennung gewidmet.

In einer anschließenden Nachversammlung stellten sich zwei weitere Bewerber um die Bürgermeisterei vor, nachdem Ende des vergangenen Jahres bereits drei Bewerber, die ebenfalls in die engere Wahl gezogen sind, das Gleiche auf Ansuchen der Versammlung getan hatten. Die Bürgermeisterwahl wird hiernach auf Montag, den 7. Januar, abends 8 1/2 Uhr angesetzt.

Lokales und Provinziales.

Auszeichnung. Dem bei der Firma J. A. Schraumm beschäftigten Werkmeister Stunz wurde das Verdienstkreuz für Kriegsdienst verliehen.

Galger, 6. Jan. Der Postbote Emil Wirth von hier wurde zum Unteroffizier befördert.

Sträßenschilder, 6. Jan. Dem Holzhauser Heinrich Gerhardt zu Weidelsbach wurde durch Allerhöchste Order vom 4. Dezember 1917 das Allgemeine Ehrenzeichen in Bronze verliehen.

Vermischtes.

Rheinische Gymnasialen bei Hindenburg!

Man schreibt der „Köbl. Volkszt.“: Der 18. November war ein Ehrentag für das Koblenzer Realgymnasium. Zwei rheinische Jugendkompagnien, über deren vorzügliche Haltung und tüchtige Leistungen in der Etappe dem Generalfeldmarschall berichtet worden war, hatten eine Einladung erhalten, sich Hindenburg vorzustellen. Wegen 100 Jungmännern aus Koblenz (Kaiser Wilhelm-Realgymnasium), Kreuznach, Trarbach, Wachen und Andernach waren erschienen. Sichtlich erfreut begrüßte Hindenburg die Jungmänner aufs herzlichste, ließ sich die beiden Führer vorstellen und von ihnen die Dauer, Art und das Gebiet ihrer Tätigkeit in der Etappe erzählen. Er schloß dann die Front ab und richtete an einzelne Schüler Fragen. Ein Jungmann erwiderte sich nicht wenig als auf seine Antwort, er wolle Offizier werden, Hindenburg sagte: „Das dürfte ich mir gleich, so sehen Sie auch aus.“ Einen Kreuznacher Schüler fragte er nach seiner Klasse. — „Unterprima, Herr Generalfeldmarschall.“ — „Dann haben Sie die Berden auf uns ja hinter sich, ich gratuliere.“ Hindenburg hielt sodann eine kurze Ansprache, die ungefähr lautete: „Es hat mich gefreut, euch hier zu sehen. Ihr habt da draußen fleißig mitgeholfen; das war schön von euch, daß ihr so wacker ausgehalten habt. Es ist euch vergönnt, eine große Zeit zu erleben, voll von glänzender Vegetation und jähem Durchhalten im Kampfe für König und Vaterland.“ Er erwähnte sie dann zur Treue zu Kaiser und Reich und sagte hinzu: „Beruht aber auch euren lieben Herrgott droben im Himmel nicht. Wenn ihr an dem festhaltet, dann wird es gut stehen um unser Vaterland; das ist meine feste Überzeugung. Und wenn ihr später mitten im Leben steht und schwere Tage kommen, dann denkt zurück, was euch heute der alte Feldmarschall gesagt hat. Daß uns aber auch diejenigen gebeten, dem ihr Treue gehalten habe und dem wir sie halten wollen bis zum letzten unserer Tage. Dem Schirmherrn des Deutschen Reiches gelte auch heute unser Treuschwur und Gruß. So stimmt denn mit mir ein in den Ruf: Unser allermächtigster Beschützer, des Deutschen Reiches Kaiserliche Majestät hurra, hurra, hurra!“ Mit herzlichem Handdruck verabschiedete sich der Generalfeldmarschall von den Führern und mit dem Gruß: „Auf Wiedersehen, Jungmänner!“ von den überglücklichen Schülern.

Letzte Nachrichten.

U-Bootsfolge.

Berlin, 5. Jan. (R. A. Amlich) Kühnes Drausgehen unserer U-Boote bei härtester feindlicher Gegenwehr hat unsere Feinde wiederum den Verlust von 22 000 Brutto registertonnen eingetragen. Drei große Dampfer fielen den Torpedos im Kermellkanal zum Opfer. Eines der Schiffe war ein tief beladener östlicher deutscher großer Tankdampfer; er sank binnen 40 Sekunden. Von den übrigen Schiffe wurde einer als der bewaffnete englische Dampfer „Polwarth“ (3146 T.) festgestellt werden. Das Schiff war mit wertvoller Munition und Vorratung nach England bestimmt.

Berlin, 6. Jan. (R. A. Amlich) Am 22. Dezember 1917 hat eines unserer U-Boote im Mittelmeer die Hochseer und Schmelzwerke von Biomoiso wirkungsvoll beschossen. — Schneidigen U-Bootsangriff sind im westlichen Mittelmeer 8 Dampfer und 3 Segler mit rund 36 000 Bruttoregistertonnen zum Opfer gefallen. Die Dampfer, die mit Ausnahme von einem beladen waren, führen sämtlich in stark gefährlicher Geleitzüge. Einer der Dampfer hatte Munitionsladung für Italien, er ging fast augenblicklich nach dem Torpedotreffer unter. Auch die übrigen Schiffe waren überwiegend Transporter nach Genua. Der Verlust bedeutet für Italien einen gründlichen Ausfall an Kriegsmaterial. — Mit welcher Umsicht und Geschicklichkeit die

Geleitzüge angegriffen wurden, zeigt die Tatsache, daß in einem Fall aus einem Geleitzug in 23 Minuten 3 Dampfer herausgeschossen, in einem anderen ein aus 2 Dampfern bestehender Geleitzug versenkt und aus einem weiteren Geleitzug von 3 Schiffen mit Doppelschiff 2 Dampfer versenkt wurden. — Unter den versenkten Dampfern befanden sich die italienischen Dampfer „Attuala“ (4791 to, „Monte Bianco“ (6368 to). Zwei der versenkten Segler, darunter der italienische Schoner „Civitas“, hatten Schwefel, der dritte Kohlen geladen. Während der Versenkung des einen Seglers wurde das U-Boot von einer Landbatterie bei Kap San Vito (Sizilien) beschossen, die Batterie jedoch durch das Boot zum Schweigen gebracht.

Der Chef des Admiralstabes der Marine.

Kein Entlassungsgesuch Ludendorffs.

Berlin, 7. Jan. (R. A. Amlich) Die in mehreren Zeitungen verbreitete Nachricht, daß das Entlassungsgesuch des Generals Ludendorff vorliege, entspricht nicht den Tatsachen.

Eine Entschließung der sozialdemokratischen Partei.

Berlin, 7. Jan. (Z. L.) Die Reichstagsfraktion der sozialdemokratischen Partei hielt gestern eine Sitzung ab. Nach mehrstündiger Aussprache wurde einstimmig folgende Entschließung angenommen: Angesichts der Vorgänge in Breslau und des Auftretens der Anexionisten gegen das Selbstbestimmungsrecht der Völker erklärt die sozialdemokratische Reichstagsfraktion erneut, daß ein freundschaftliches Verhältnis und ein dauerhafter Friede nur möglich sind bei ehrlicher Durchführung des demokratischen Grundrechts der Selbstbestimmung der Völker. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion fordert deshalb, daß den betreffenden Völkern die freie, vollkommen unabhängige Willensklärung garantiert wird. Die letzte Entscheidung über die innere und äußere staatliche Gestaltung der in Betracht kommenden Gebiete muß verfassungsgemäß, aus allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlen hervorgegangenen Landesparlamenten oder der Volksabstimmung überlassen werden. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion billigt einstimmig das Verhalten ihrer Vertreter im Hauptausschuß und ist entschlossen, jedem Mißbrauch des Selbstbestimmungsrechtes zum Zwecke verheerender Annektionen mit Entschiedenheit entgegenzutreten.

Die ukrainische Republik durch die Entente anerkannt.

Genf, 7. Jan. (Z. L.) Die der „Matin“ berichtet, hat die Entente die ukrainische Republik anerkannt. Die Entsendung eines Botschafters nach Kiew wird als bevorstehend angesehen.

Kann Rußland noch zurück?

Stockholm, 7. Jan. Die „Kowaja Schin“ schreibt zu den Verhandlungsschwierigkeiten: Wie, Mitbürger, gedenkt ihr wirklich, wieder den Krieg mit Deutschland zu beginnen, nachdem das Offiziercorps vernichtet, die Front in ein chaotisches Gebilde verwandelt und die widerstandsfähigen Abteilungen an inneren Kämpfen beteiligt sind und nachdem die gesamte Waffenindustrie eingestellt ist? Wollt ihr Krieg anfangen, wo die gesamte Populanz der Rateregierung darauf beruht, daß sie einen rechtsmässigen demokratischen Frieden zu schaffen im Begriffe steht? — Lenins „Pravda“ bringt in ihrem Kommentar zu dem russischen Aufruf keinerlei Angriffe auf Deutschland und schiebt die Schuld an den Schwierigkeiten der Ukraine, Kaschdin und den Kadetten zu.

Berantw. Schriftleiter: Herm. Schreiber in Dillenburg.

Amtlicher Teil.

Weitere Kartoffelbeschlagnahme.

Es geht leider fest, daß der Konsumatverband nicht in der Lage ist, die ihn zur Ablieferung an das Heer auferlegte Kartoffelmenge voll auszuführen. Er ist daher verpflichtet, auf die ursprünglich freigegebene sogenannte Schutzreserve (20 Prozent des Gesamtertrages) teilweise zurückzugreifen, die bisher den Erzeugern belassen worden ist. Dies geschieht hiernach und zwar wird ein Viertel dieser Reserve, also 5 Prozent des Gesamtertrages, beschlagnahmt. Sollten etwa Erzeuger pflichtwidrigere Weise schon jetzt mehr als die Hälfte der sehr reichlich bemessenen Reserve verbraucht haben, so müssen sie sich gefallen lassen, wenn die jetzt angeforderte und beschlagnahmte Menge aus ihren Beständen überhaupt genommen und der eigent Bedarf um die Fehlmenge gefürzt wird.

Dillenburg, den 31. Dezember 1917.

Der Kreisbauhof.

Die Herren Bürgermeister des Kreises

erzuche ich, bis zum 10. ds. Mts. ein namentliches Verzeichnis aller in Ihren Gemeinden befindlichen Geisteskranken, Geistesschwachen und Wüßstümmigen nach dem unten abgedruckten Muster an den Königl. Kreisarzt hier selbst einzureichen. Die Spalten 9—13 sind auf Grund bestimmter Angaben eines Arztes (Armen- oder Gemeindefarztes) auszufüllen.

Dillenburg, den 2. Januar 1918.

Der Königl. Landrat.

Verzeichnis

der in der Gemeinde befindlichen Geisteskranken, Geisteschwachen und Wüßstümmigen:

Des Geisteskranken zc.						
Nr.	Vor- und Zuname	Geburtsjahr	Religion	Stand oder Beruf	Unter- stüßungs- wohnsitz	Gegen- wärtiger Aufenthalts- ort
1	2	3	4	5	6	7
8	9	10	11	12	13	14
Bemerkungen namentlich bezüglich Punkt 11						15
Ob der Kranke unterstützungs- bedürftig	Ob der Geistes- krankheit zc.	Dauer derselben	Ob der Kranke gemüthsgekränkt?	Art der Unter- bringung und Ver- pflanzung	Art der ärztlichen Be- handlung	Ob der Kranke entwundnen?

Heeres-Naharbeit

kann am Dienstag nicht mehr abgegeben werden, da die angelieferte Borax bereits heute vollständig zur Ausgab gelangte.

Die Kreis-Inspektionsstelle.

Einladung.

Die selbständigen Schreiner des Dillkreises

werden zu einer

Versammlung

am 12. Januar, nachmittags 3 Uhr im Bahnhofs-Hotel Herborn, zwecks „Gründung einer Innung“ eingeladen. Um zahlreiches Erscheinen wird dringend gebeten.

Josef Kann, Dillenburg.

Wilh. Heckenroth, Herborn.

„Concordia“

Cölnische Lebens-Versicherungs-Gesellschaft

Cöln. Errichtet 1853.

Versicherungsbestand Ende 1916 = 391 Millionen Mark. Grundkapital 30 Millionen Mark.

Steuerermäßigung

Lebensversicherungsbeiträge sind vom steuerpflichtigen Einkommen abzuziehen.

Außerst günstige Kriegsversicherung!

Auskunft durch L. Schuster, General-Vorsteher, Wiesbaden, Rheinstr. 50, Tel. 2272, F. Weyl, Kaufmann, Dillenburg.

Prima Schmier-Waschmittel,

kein Ton, braun und vollständig löslich, sehr gut reinigend und von der echten Friedensseife kaum zu unterscheiden, empfiehlt in Emailkeimern von ca. 20 Pfund pro Eimer 15.— Mark.

Fr. Heymann, Oberroßbach, Dillkreis.

Milchsdienspflichtige!

Jugendliche, sowie 50 %ige Kriegsbeseidigte werden als Verdienstpflieger ins besetzte Gebiet gesucht. Freie gute Beschäftigung und guter Lohn zugesichert. Meldungen nimmt entgegen

Die Milchsdiensstelle Herborn.

Gelernter Schlosser

tüchtig und zuverlässig, als Bearbeiter sofort in dauernde Stellung gesucht.

Mitteldeutsche Gerberei & Riemenfabrik, Wehlar.

Gesucht

Kriegsbeseidigte, rüfliche pensionierte Beamte, rüfliche Geschäftslente als Kreisbeamte

für den Dillkreis, Wohnsitz Dillenburg.

Festes Gehalt und Nebenbezüge. Meldungen erbe.en unter F. P. W. 9/9 an Rudolf Wosse, Frankfurt am Main.

Kohlepapier: Wachspapier

Farbbänder, Vielfältigungsfarben liefert billigst Jacob Müller, Siegen i. W. Spezialgeschäft für Büromaterialien-Bedarf.

Abiturienexamen

Vorbereitung von Damen und Herren. Pädagogium Gießen (Ob.-Hessen).

Ein in allen Hausarbeiten erfah. enes

Mädchen

für kleinen Haushalt zu Mitte Februar gesucht.

Kaufhaus König.

Infolge Heirat des Mädchenmädchens älteres

Mädchen

für Küche und Hausarbeit gesucht. Eintritt 1. März oder früher.

Frau Dr. Heusler, Dillenburg, Hoßl 9.

Kölnar Lose

(Ziehung 11. u. 12. Jan.) R. 2., Porto u. Liste 35 Pf.

Gebrüder Heinrich, Wehlar.

2 Bruchhündinnen,

Farbe gelb mit weiß. Abzeichen, am 21. Dez. 1917 abhanden gekommen.

Wiederbringer erhält Belohnung. Ed. Fischbach, Weidenau (Siegl.), Regstr. 3.

Eine zweischläfige

Bettstelle

mit Sprungrohm u. Matratze billig zu verkaufen.